



DIE LINKE. Velbert; Offerstr. 14a; 42551 Velbert

An den Vorsitzenden des Rates der Stadt Velbert
Herrn Dirk Lukrafka
Thomasstr. 1
42551 Velbert

Datum: 30.10.2014

Die internationalen Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA

Sehr geehrte Damen und Herren,

die unterzeichnenden Fraktionen bitten den Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Bei den derzeit verhandelten "Freihandelsabkommen" TTIP, CETA und TISA handelt es sich um eine "neue Generation" von bi- und multilateralen Handelsverträgen, die eine Machtverschiebung zum Ziel haben, weg von demokratisch gewählten Politikern, hin zu multinationalen Konzernen. Diese Art von Verträgen stellt einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar.
Die Stadt Velbert setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur-, Umwelt-, Verbraucherschutz- sowie Sozial- und Bildungspolitik ein. Daher lehnt sie TTIP, CETA und TISA in ihren derzeit bekannten Formen ab.
2. Der Bürgermeister der Stadt Velbert wird gebeten, diese ablehnende Haltung
 - a. gegenüber dem Nordrhein westfälischen und Deutschen Städtetag auszudrücken,
 - b. den Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen im Europäischen Parlament, im Bund und im Land bekannt zu geben und sie aufzufordern, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustimmen,
 - c. der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen,
 - d. gegenüber der Öffentlichkeit zu begründen und in geeigneter Weise, u.a. über die Presse, bekannt zu machen.
3. Der Rat der Stadt Velbert fordert die Landesregierung NRW, die Bundesregierung, das EU-Parlament und die EU-Kommission auf:
 - a. für transparente und öffentliche Verhandlungen zu sorgen,
 - b. den Mitgliedsstaaten Mitspracherechte einzuräumen,
 - c. jeden Eingriff in die grundgesetzlich geschützte kommunale Selbstverwaltung zu verhindern,
 - d. und *vor allem die kommunale Daseinsvorsorge*, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Kultur und Bildung aus den Verhandlungen ausdrücklich herauszunehmen.



Begründung:

Die EU und die USA verhandeln das transatlantische Abkommen TTIP. Es soll eine der größten Freihandelszonen der Welt schaffen. Versprochen werden Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze. Ähnliches gilt für das bereits fertig verhandelte und kurz vor der Verabschiedung stehende Abkommen CETA mit Kanada und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen TISA. Alle drei Abkommen wurden bzw. werden im Geheimen verhandelt. Wirtschaftslobbyisten sind maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt, demokratische Kontrollinstanzen nicht.

Kritiker*innen verweisen auf zwei schwerwiegende Nachteile von TTIP und CETA: Die Investorenschutz-Klausel und das damit verbundene „Sonderklagerecht“ für Konzerne. Sie haben nicht nur, wie bisher, das Recht gegen Staaten zu klagen, wenn der Verlust der Investition droht, sondern zukünftig auch dann, wenn ihnen durch vom Parlament beschlossene Gesetze vermutlich Nachteile entstehen könnten. Diese Regelung würde einen gravierenden Eingriff in die staatliche Souveränität bedeuten und alle politischen Ebenen betreffen.

So könnten in Velbert kommunale Dienstleistungen wie die Wasser- und Abfallentsorgung sowie der öffentliche Nahverkehr betroffen sein. Im Visier stehen aber auch staatlich bezuschusste Bereiche der lokalen Kultureinrichtungen, das Gesundheitswesen, Sparkassen und auch der Einzelhandel durch die Buchpreisbindung.

Die Verhandlungen über dieses einschneidende Abkommen finden hinter verschlossenen Türen statt und stellen somit eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Akzeptanz europäischer Politik und unserer Demokratie insgesamt dar. Statt einer demokratischen Einschränkung und einer einseitigen Einbeziehung von Großunternehmen und ihre Verbände sollten die derzeitigen Verhandlung zu TTIP und CETA gestoppt und ein neues Verhandlungsmandat gestartet werden.

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat am 12.02.2014 unter dem Titel „Auswirkungen weltweiter Handelsabkommen auf die kommunale Daseinsvorsorge“ einen wegweisenden Beschluss in dieser Angelegenheit gefasst.¹ Dem sollten sich alle Kommunen anschließen, die ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung noch nicht aufgegeben haben. Zahlreiche Kommunen haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst.

Eine aktuelle Studie des Handelsexperten Thomas Fritz zeigt, dass Bundesländer und Kommunen in ihrem politischen Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt werden, wenn das Handels- und Investitionsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA in Kraft tritt. Die Studie stützt sich auf durchgesickerte TTIP-Dokumente, darunter das Verhandlungsmandat der EU-Kommission sowie Textentwürfe verschiedener Kapitel des Abkommens. Zudem wurde der bereits fertig verhandelte Text des EU-Kanada-Abkommens CETA herangezogen, das als Blaupause für TTIP gilt. Die Ratifizierung von CETA soll schon im Herbst diesen Jahres beginnen.²

Harry Gohr
(DIE LINKE)

Dirk aus dem Siepen
(UVB)

Martin Schwarz
(Piraten)

Esther Kanschat
(Bündnis 90 /
Die Grünen)

¹ <http://www.staedtetag.de/presse/beschluesse/068883/index.html>

² http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf